

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Beleglohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Hfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 8

Sonntag, den 20. Februar

1916

Ueber Jugenderziehung.

I.

Mit einem Eifer, der nicht immer der Sache entspricht, haben sich in der letzten Zeit Berufene und Unberufene auf die Frage der Jugenderziehung geworfen, daß man meinen könnte, sie wäre erst jetzt brennend geworden. Das mag daran liegen, daß sie jetzt mehr aus dem militärischen Gesichtswinkel betrachtet wird. Wie einseitig das ist, wird sich, je länger und eingehender darüber Auseinandersetzungen gepflogen werden, um so mehr herausstellen.

Die Jugend körperlich und geistig zu einer kräftigen, hochentwickelten Generation herauszubilden, deren höchste Entwicklungskräfte zu entfalten, so daß ihre Vervollkommnung auf künftige Geschlechter günstig fortzuerben vermag, ist das Hauptziel aller Jugenderziehung. Doch die Grenzen dürfen hier nicht so eng gesteckt werden, daß etwa die Jugenderziehung als etwas in sich Abgeschlossenes anzusehen sei, denn ihr voraus geht die Kindererziehung durch Familie und Schule, und ihr Abschluß erstreckt sich bis in das Alter der Erwachsenen hinein. Soll sie systematisch und gut geregelt werden, müssen die Kräfte in Familie und Schule vorbereitend wirken und mit der Jugenderziehung Hand in Hand arbeiten. Eine Reform an Haupt und Gliedern ist dazu unumgänglich notwendig.

Eine verplüschte Kindererziehung, die bei einer ungenügenden Zahl von Kindern aus Armut, Not und Elend sich ergibt, bei materiell günstiger Gestalten dagegen aus falschen, verstandenen und angewendeten Erziehungsmitteln, muß der Jugenderziehung große Schwierigkeiten bereiten. Schon unsere Massenschule bereitet ihr schwere Hindernisse. Darum ist es auch schwierig, für die Jugenderziehung gründliche, allgemein gültige Regeln zu finden. Das Bemühen scheitert immer wieder an der Klassenbildung und Klassenerziehung der Kinder.

So ist es erklärlich, wenn in der bürgerlichen Gesellschaft die Frage der Jugenderziehung ausklingt in dem Verlangen nach einer „militärischen Jugenderziehung“ und einer „vaterländischen Jugendpflege“. Daß dabei nicht viel herauskommen wird, kann man sich an den Fingern abzählen. Aber auch während des Krieges macht sich das Verlangen geräuschvoll bemerkbar. Manche Kreise haben es sehr eifrig lamit und glauben das militärisch-vaterländische Eisen schmieden zu können, so lange es glüht.

So viel bis jetzt wahrzunehmen war, sind jedoch Parlamente und Regierungen ziemlich vorsichtig in diesen Fragen. Zweifelsohne empfindet man an diesen Stellen ganz richtig, daß tiefer geführt werden muß, wenn die Lösung der Frage in Angriff genommen wird, als manche Sozialreformer denken. Denn wo sie in Parlamenten aufgeworfen wird, bleibt es meist bei oberflächlichen Vorschlägen und Vertröstungen auf die Zukunft.

Allerdings sind bereits Anfänge einer besseren Jugenderziehung zu verzeichnen. Die sozialdemokratische Partei verwendet unbestritten Fleiß auf diese Aufgabe. Ihre Jugendorganisationen zeigen davon. Aber die Hindernisse sind in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung so stark, daß trotz aller Erfolge keine rechte Befriedigung daran aufkommt. Trotzdem wirkt sie unerbrossen auf dem Gebiete weiter, die gewonnenen Erfahrungen ausnützend. Leider muß sie dabei noch mit behördlichen Hemmnissen rechnen, obgleich sie, wie mancherorts anerkannt wird, mit Geschick und Verständnis die Sache angefaßt hat. Freilich erstreckt sich ihr Bemühen hauptsächlich auf die Arbeiterjugend. Aber das kann bei ihrem Charakter als Arbeiterpartei gar nicht anders sein.

Um die Arbeiterjugend, die doch in der Ueberzahl ist, handelt es sich natürlich auch bei den Plänen, die auf eine gesetzliche Regelung der Jugenderziehung hinauslaufen. Eben, weil die Arbeiterjugend an Zahl weit überwiegt. Von ihrer Erziehung hängt die künftige Gestaltung nicht nur der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern der gesamten Zustände im Staate und im Völkerverleben ab. Nicht, daß politische Momente in der Jugenderziehung hervortreten müßten. Schon die sogenannte neutrale Jugenderziehung muß das Verständnis der Jugend für unpolitische Angelegenheiten haben, ihr Urteil allgemein schärfen und den Blick weiten, so daß dies in späteren Jahren nicht ohne Einfluß auf ihr politisches Urteil bleibt. Diese Gesamtwirkung bleibt nicht aus.

Es ist nichts Neues, wenn wir sagen, diese Gesamtentwicklung nach einer bestimmten Richtung zu lenken, ist auch das Ziel der militärischen Jugenderziehung. Klar trat das z. B. hervor, als anfangs dieses Monats im bayerischen Landtage die Frage der militärischen Jugenderziehung angeregt wurde bei Beratung des Kultuselats im Finanz-

Jugend während des Krieges bereitwillig zur Verfügung gestellt hat. Eine zielbewusste und zweckdienliche Jugenderziehung bei bloßer Freiwilligkeit der Teilnahme sei nicht gesichert. Die Staatsregierung hat wiederholt Anlaß gehabt, zu erklären, daß den Sozialdemokraten angedehnt ihrer Haltung im Kriege die vaterländische Gesinnung nicht abzuspüren sei. Das gelte auch für die sozialdemokratischen Jugendorganisationen. Es wäre zu begrüßen, wenn dies Urteil auch im Frieden aufrechterhalten werden könnte. Die Behandlung der militärischen Jugenderziehung nach dem Kriege solle bis nach demselben zurückgestellt werden. Die Angelegenheit werde für das Reich einheitlich geregelt werden können. Der Unterrichtsverwaltung müsse ein mitbestimmender Einfluß gewahrt bleiben.

Und der Vertreter der Heeresverwaltung erklärte, daß Auswüchse bei bestehenden militärischen Jugenderziehung nicht gebilligt würden. In der Frage der Fortsetzung der Erziehung nach dem Kriege stehe die Kriegsverwaltung auf dem Standpunkte, daß neben der geistigen Bildung die bessere soldatische Bildung einer der mächtigsten Faktoren der kriegsrischen Erfolge Deutschlands sei. Vor allem werde man trachten müssen, durch frühzeitige Stählung des jugendlichen Körpers die Zahl der Untauglichen zu vermindern. Außerhalb Deutschlands beständen schon vereinzelt ähnliche Einrichtungen, andere würden nach dem Kriege getroffen. Die Vorbereitung dürste wohl nicht vor dem 17. Lebensjahre beginnen. Der große Nutzen der bisherigen Jugenderziehung stehe einwandfrei fest. Nachdem die Heeresvorrichtung als Heereseinrichtung gedacht sei, stehe die gesetzliche Regelung dem Reich zu.

Ueber die Bemerkungen des Kultusministers zur Haltung der Sozialdemokraten nach dem Kriege können wir um so ruhiger hinwegsehen, als wir doch erst abwarten müssen, wie denn die Regierungen selbst nach dem Kriege die Jugenderziehung regeln wollen. Uns kommt es dabei nur auf die Sache an.

Begriffsverwechslung.

Mit falschen Begriffen operieren viele derer, die aus Neigung oder Verurteilten der in der Kriegszeit gestiegenen Warenpreise aufwerfen. Und wohl keiner Gruppe von Warenproduzenten oder Inhabern ist man mit falschen Begriffen so eifrig beigeprungen, als den Agrariern. Niemand hat sich aber auch so ungenickt darüber beklagt, daß dem Volke die Notwendigkeit der Lebensmittelverteilung nicht genügend klar gemacht werde, als die Agrarier. Sie verlangten von der Presse aller Parteien die Anerkennung der gestiegenen Preise. Da das kein gewissenhafter Mensch konnte und die hohe Preissteigerung allgemein als ungerechtfertigt befunden wurde, machten sie trotzdem der Regierung den Vorwurf, daß gerade sie nichts oder zu wenig tue, um dem Volke Aufklärung über die Notwendigkeit hoher Preise auf Lebensmittel zu geben.

Da war freilich guter Rat teuer, wenn sich die Regierung nicht den Born der Agrarier zuschießen wollte. Abgleich dieser Born völlig grundlos wäre, denn die Regierung hat mit der Festsetzung der Höchstpreise auf landwirtschaftliche Produkte Preissteigerungen festgesetzt, mit denen die Agrarier ein Bombengeschäft machen.

Trotzdem tat die Regierung den Anzuehrenden den Gefallen und richtete den „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ ein, ein offizielles Mitteilungsblatt, dessen Artikel u. a. ohne Quellenangabe kostenlos abgedruckt werden können. Man muß diese effiziente Arbeit kennen, wenn man die Bemühungen, die Regierungsmaßnahmen zu verteidigen, recht genießen will. Daß auch sie mit falschen Begriffen argumentiert, wollen wir an einem „kostenlosen“ Abdruck aus der Nr. 65 zeigen. Unter dem Titel: „Arbeitszwang und Arbeitsprämie“ wird der ausgeführt:

Die vorübergehenden oder dauernden Erhöhungen landwirtschaftlicher Produktionspreise, die in der letzten Zeit durchgeführt werden sind (Kartoffeln, Brot und Futtermittel) oder demnächst durchgeführt werden (Rudertreiben), stellen, soweit sie nicht ein Ausgleich für ausfallende Speise- oder fortgeführten Entwertungen sind, in ihrem Wesen Arbeitsprämien dar. Sie sollen zu vermehrter Anstrengung in der Produktion selbst oder in der Herstellung der Konsumpreise gesteigerter Produkte ansporren und so möglichst reichliche, soweit nötig, auch möglichst rasche Bedarfsdeckung sicherstellen.

Der Einwand liegt nahe — und er wird oft genug gemacht —, daß sich dies Ziel auch durch die Vereinnahmung von öffentlichen Zwang und patriotischen Eifer erreichen lassen müßte. Man beweist auf unseren ungeheuren militärischen Apparat, in dem täglich die größten Leistungen — Leistungen, deren Schweregericht sich mit dem auch der hirnverletztesten wirtschaftlichen Arbeit gar nicht vergleichen läßt — ohne jede Geldprämie vollbracht werden — aus Willkür, vaterländischem Pflichtgefühl und vaterländischer Begeisterung. —

Aber was im Felde tägliche, fast selbstverständliche Wirklichkeit

geworden ist, das ist in der wirtschaftlichen Heimarbeit doch nur ein Ideal, dem wir zwar zustreben, dem wir uns nähern sollen, dessen volle Erfüllung wir aber nicht in unsere fähle, wirtschaftliche Rechnung einlegen dürfen. Der Sinn des Gemeinschaftslebens, der Sinn der Gemeinschaftsarbeit, fehlt zu Hause, wo jeder — wie im Frieden — mehr auf sich selbst gestellt ist. Und vor allem fehlt die volle Ausprägung des Erwerbstriebes, der materiellen Instinkte und Interessen, der „Rechenhaftigkeit“. Draußen hat niemand egoistisch-wirtschaftliche Ziele und Gedanken, kann sie nicht haben. Es gibt nichts zu „erwerben“; für den Unterhalt aller ist gesorgt und die Tätigkeit aller gilt ausschließlich und reißlos der gemeinamer Sache. In der Heimat aber herrscht in gewissem Umfang immer noch die Bilanz und der Geschäftsabschluß. Wer nicht raschen Lohn oder will, sieht seine Lebenshaltung, sein Vermögen, seinen Besitz gefährdet, kommt unter die Räder — trotz der nationalen Kriegsfähigkeit. Aus dieser harten Voraussetzung wächst der wirtschaftliche Egoismus immer wieder hervor.

Zwang aber ohne volle, vorbehaltlose Hingabe kann nur Begrenztes leisten. Man kann passives Geschehenlassen erzwingen oder auch die Ausführung bestimmter, fest umrissener, objektiv messbarer Vorrichtungen (auch dies übrigens nur, wenn man über hinreichende Kontrollmittel verfügt). Aber Initiative, erfinderische Auffassung, Ueberleistungen jeder Art kann man nicht erzwingen. Dazu gehört, was nicht ein besonderer seelischer Aufschwung über alles Materielle hinaushebt, — die Prämie.

Also — wer nicht unter die Räder kommen will, muß es machen wie die Agrarier, denen allerdings in obiger Darlegung ziemlich unverblümt gesagt wird, daß ihre Bilanz nach „egoistisch-wirtschaftlichen Zielen und Gedanken“ gerichtet ist. Mit anderen Worten, aber nicht geringerer Deutlichkeit erklärte ein Leipziger Stadtrat in der Stadtverordnetenversammlung, als man die Kartoffelrückhaltung der Agrarier kritisierte, daß „unsere Wirtschaftsordnung auf Selbstsucht begründet“ sei, bei der eben jeder zu verdienen sucht, was er kann.

Diesen Erläuterungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems stimmen wir vollständig zu, nur will es uns durchaus nicht gefallen, daß für die Selbstsucht noch eine Prämie ausgelegt wird. Nannte doch belanntlich Major Quehl die erhöhten Höchstpreise für Kartoffeln — Schnelligkeitsprämie, damit nämlich die Agrarier Kartoffeln dem Markt jetzt schon zuführen sollen, nicht erst später, wenn die Preise noch höher getrieben werden können.

Solche Prämien Arbeitsprämien zu nennen, blieb also dem offiziellen Nachrichtendienst vorbehalten. Daß das eine Begriffsverwechslung ist, die den Agrariern hilfreich unter die Arme greift, ist nicht schwer zu erkennen. Die Gleichstellung profitstüchtiger Spekulation mit ehrlicher Arbeit ist ein so verfehltes Beginnen, daß die Folgerung: „Arbeitsprämie — Arbeitszwang“ auf den Fall der Kartoffellieferung angewandt, wie blutiger Hohn klingt.

Aber auch den Ausdruck Arbeitsprämien, als Anreiz für Erhöhung der Produktion gedacht, können wir für die Preissteigerungen auf Lebensmittel resp. landwirtschaftliche Produkte nicht gelten lassen. Die Preise sind unerhört gesteigert worden für Waren, für die keine höheren oder nur äußerst gering gesteigerte Produktionskosten nötig waren, Waren, die in althergebrachter Weise geerntet wurden, ohne die Absicht, ihre Menge und ihre Güte zu erhöhen. Prämien setzt man nur aus, um höhere Erträge zu erzielen bezüglich der erst noch zu erbauenden und dann zu liefernden Waren. Eine rückwirkende Prämie ist in diesem Falle um so ungerechtfertigter, weil sie den Fleiß nicht anspornt, sondern mühelosen Gewinn darstellt.

Welcher Unternehmer würde wohl einem Arbeiter — wenn er ihm überhaupt eine Prämie gewährt — sie als rückwirkende gewähren? Obwohl der bereits erwähnte Fleiß des Arbeiters dies eher rechtfertigen würde. Doch die wirkliche Arbeit des Arbeiters ist ja mit der Tätigkeit der prämierten Lebensmittelverteurer gar nicht zu vergleichen. Viel nötiger wäre es daher, die wirklich leistende Arbeit mit höheren Löhnen zu prämiieren und dadurch auf eine intensive Warenerzeugung hinzuwirken. Für die Anwendung der schönen Redensart Arbeitsprämie für den jetzt so verhassten Begriff Preissteigerung dürfte das Volk kein Verständnis haben. Es wird diese Begriffsverwechslung sicher nicht vergessen.

Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften.

I.

Partei und Gewerkschaften.

Unter der Bezeichnung „Soziale Arbeiterpolitik“ fassen wir die Forderungen und Bestrebungen zusammen, die bestimmt sind, den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse durch staatliche Maßnahmen zu sichern und zu fördern. Es handelt sich also um politische Aktionen, denn sie stellen Staat und Gesetzgebung in den Dienst der Arbeiterbewegung. Als solche gehen sie zweifellos über die früher sowohl durch Gesetz wie auch durch Tradition eng gezogenen Grenzen der Gewerkschaftsbewegung hinaus und bilden in erster Linie eine

Aufgabe der politischen Parteien. Die politische Partei der Arbeiterklasse war aber seit ihrer Begründung in erster Linie eine Partei der politischen Revolution, eine Partei, die die Beseitigung der kapitalistischen Produktion, der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und des Klassenstaates erstrebte, deren Aufgaben also weit über die Gegenwart hinausreichten. Sie verlangte die Befreiung der Arbeiter vom Lohnjoch und erhoffte wenig von politischen und sozialen Reformen. Sie überließ den wirtschaftlichen Kampf gegen die Kapitalisten und Unternehmer den Gewerkschaften, in der Erwartung, daß diese wirtschaftlichen Kämpfe die Arbeiterschaft zur Erkenntnis ihrer Klassenlage führen, sie im Klassenkampfe erziehen und mit revolutionärer Willenskraft erfüllen werden. Die Gewerkschaften sollten also die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter zu heben suchen, sollten Verschlechterungen derselben abwehren und Verbesserungen, wie längere Arbeitszeit, höhere Löhne, bessere Behandlung, Beseitigung ungesunder Arbeitsweisen herbeiführen. Als Mittel der Organisation sollten ihnen die von den Gewerkschaften her bekannten Unterstützungsstellen, als Mittel des Kampfes die ebenfalls seit alters geübte Arbeitsniederlegung dienen. Es war auch bekannt, daß die Organisation der Arbeiter allein keine dauernden Erfolge verbürgte, und so wurde schon 1843 von der Gesellsch. der Normalarbeitstag, die Festschließung von Mindestlöhnen und ähnliches verlangt.

Ueber die Zweckmäßigkeit und Erfolgsmöglichkeit der Gewerkschaften war man sich freilich in Parteikreisen wenig im Klaren. Während bekanntlich F. Lassalle über den Versuch der Ware Arbeitskraft, sich als Mensch zu gebärden, sarkastisch gespottet hatte, erklärte M. Marx (1866, Genfer Resolution), daß die Errichtung und Förderung von Gewerkschaften die Hauptaufgabe des Arbeiterstandes für die Gegenwart und die nächste Zukunft sein solle. "Abgesehen davon, daß sie den Uebergriffen des Kapitals entgegenwirken, müssen sie lernen, in bewußter Weise als Brennpunkt der Organisation der Arbeiterklasse zu handeln im Interesse ihrer vollständigen Emanzipation." Marx stellte also die Gewerkschaften in den Mittelpunkt der Arbeiterbewegung, legte ihren Streik eine große Bedeutung bei und erblickte im gesetzlichen Achtstundentag, in staatlichem Frauen- und Kinderschutz wertvolle Stützen der gewerkschaftlichen Bestrebungen. In deutschen Parteikreisen war die Gewerkschaftsfrage lange Zeit scharf umstritten; bei den Lassalleanern wurde ihr Wert stark in Zweifel gestellt, und Fröhliche und v. Schweiker gründeten auf eigene Verantwortung hin Gewerkschaften, während bei den Eisenachern wenigstens über die Notwendigkeit der Gewerkschaften volle Einmütigkeit bestand, wenn auch weniger über ihre Bedeutung gegenüber der Partei. Allmählich rang sich die Ueberzeugung durch, daß die Gewerkschaften, um den wirtschaftlichen Kampf mit möglichst starken Kräften zu führen, am besten parteipolitisch neutral wären (Erfurter Kongreß 1872). Diese Auffassung ging denn auch in das Programm des Gothaer Einigungskongresses über, welcher erklärte: "Es ist Pflicht der Gewerkschaftsgenossen, aus den Gewerkschaftsorganisationen die Politik fernzuhalten, dagegen sich der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands anzuschließen..." Der Zweck dieser Deklaration, einseitliche Gewerkschaften herzustellen, wurde zwar nur teilweise erreicht, soweit die Verschmelzung mit den lassalleanischen Gewerkschaften in Betracht kam, — indes bedeutet dieselbe die Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation als Selbstzweck neben der Partei.

Die politische Interessenvertretung der Arbeiter lag unbestritten in Händen der Partei, die in ihren Parlamentenvertretungen auch die geeigneten Organe hierfür hatte. Das Eisenacher Programm (1869) enthielt in seinen nächsten Forderungen unter zehn Punkten nur einen, der sich im engeren Sinne mit der Sozialpolitik befaßte. Unter Ziffer 8 forderte es

„Abkündigung aller Preß-, Vereins- und Koalitions-gesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.“

Das waren die Forderungen, deren Verwirklichung im besonderen Interesse der Gewerkschaftsbewegung gelegen war. Der Dresdener Kongreß 1871 nahm denn auch nach einem Referat Yorks eine Resolution zugunsten des Normalarbeitstages an. — Das Gothaer Programm (1875) widmete den sozialpolitischen Arbeiterforderungen eine eingehendere Würdigung. Es verlangte unter Ziffer

3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.

4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag; Verbot der Sonntagsarbeit.

5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.

6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Staatliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabriken, Werkstätten und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

7. Abkündigung der Gefängnisarbeit.

8. Soziale Selbstverwaltung für alle Arbeiter und Unterstützungsstellen.

Im Sinne dieser Programmpunkte beantragten die sozialdemokratischen Abgeordneten im Deutschen Reichstages im Jahre 1877 ihren sog. Arbeiterschutzentwurf, der zum ersten Male neben Normalarbeitstag, Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit, Verbot bestimmter Beschäftigung für Frauen, Verbot der Kinderarbeit, Gleichheit der Kündigungskrisen für Unternehmer und Arbeiter und schillernde Einführung von Fortbildungsschulen und Gewerbegerichten auch die Ersetzung paritätischer Gewerkschaften und die Ersetzung eines Reichsarbeitszeitgesetzes verlangte.

Das Ausnahme-gesetz führte zur Auflösung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse. Die Neugründung vollzog sich unter den größten Schwierigkeiten, unter denen die Partei naturgemäß am schwersten leiden mußte. Inzwischen konnte sie

ihre Tätigkeit eher ohne äußerliche Organisationsformen wieder aufnehmen und fortsetzen, als die Gewerkschaften, zumal ihr die Reichstagswahlen ein ergiebiger Kampfesfeld und die Reichstagsfraktion eine sichere propagandistische Wirkung ermöglichten. Die Gewerkschaften brauchten dauernden Zusammenhalt, gefüllte Kassen und Unterstüzungsfonds und zur Durchführung ihrer Kämpfe einen weitreichenden Einfluß auf auswärtige Arbeiter zwecks Fernhaltung des Zuzuges. Sie konnten also die feste Organisation nicht entbehren und versuchten diese auf verschiedene Weise zu erreichen. Einige Berufe, wie die Bildhauer, Tischler, Zimmerer usw. schlossen sich zentralistisch zusammen, teils als Unterstütuungsorganisation, teils unter ängstlicher Vermeidung alles dessen, was die Organisation als politisch oder gar sozialistisch hätte erscheinen lassen können. Andere Arbeiterkreise, besonders in Berlin, glaubten durch gesteigerte lokale Wirksamkeit mehr erreichen zu können. In Berlin waren 1881 zahlreiche Fachvereine entstanden und bald auch eine lebhaftere Streikbewegung im Gange. Die 1881er Regierungsbotschaft, die die deutsche Arbeiterversicherung einleitete, verheißte eine positive Förderung des Wohls der Arbeiter. Man suchte in Berliner Fachvereinskreisen dieses Bemühen um die Arbeiterklasse zunutze zu machen, um größere Bewegungsfreiheit zu gewinnen, indem man eine Eingabe an die Regierung, enthaltend eine Reihe von Arbeiterschutzforderungen verriet und zu deren weiterer Verfolgung ein „Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften“ einsetzte. In den Versammlungen hierfür trat aber der sozialistische Geist bald offen zutage, worauf die Polizei eingriff und gegen die Teilnehmer am Generalkomitee Anklage erhob. Der Prozeß, der am 9. Juni 1883 vor dem Schöffengericht und am 6. August 1883 vor dem Landgericht geführt wurde, endete mit der Verurteilung einiger Angeklagten wegen vereinsgesetzlicher Vergehen, da die von ihnen geleiteten Vereine als politische mit andern in Verbindung getreten waren; doch wurde die Schließung der Vereine mit Ausnahme des Generalkomitees abgelehnt. Aus diesem Prozeß ergab sich für weitere Arbeiterkreise die Tatsache, daß Gewerkschaften auch unter dem Sozialistengesetz bestehen konnten, und daß sie, falls sie sich nicht mit politischen Angelegenheiten befaßten, in Preußen miteinander in Verbindung treten, sich also zentralisieren konnten. Politische Gewerkschaften, also solche, die ihre Zwecke auch durch Einflußnahme auf Staat und Gesetzgebung zu verwirklichen suchten, mußten auf Verbindung und zentralen Zusammenschluß verzichten.

Der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft wählte den Weg der stärkeren Organisation, die einen zentralen Zusammenschluß, Unterstütuungsstellen und größere Kampffonds ermöglichte, in der Erkenntnis, daß man die Vertretung der politischen Arbeiterinteressen in der Partei suchen und befriedigen könne. Für den andern Teil der Arbeiterschaft wurde aber diese Organisationsfrage mehr und mehr zu einer Frage des Prinzips. Der Kampf der Arbeiterklasse sei notwendig ein politischer, und deshalb müßten auch die Gewerkschaften politisch sein. Es war den Anhängern dieser Richtung übrigens weniger um die soziale Gegenwartspolitik, als vielmehr um die grundsätzliche politische Erziehung der Arbeiter im Sinne der Sozialdemokratie und des Klassenkampfes zu tun, die sie durchaus in die Gewerkschaften verlegen wollten.

Unterdes stand die Partei schon inmitten der sozialpolitischen Praxis. Die Krankenversicherung war 1883, die Unfallversicherung 1884 Gesetz geworden, und eine Invalidenversicherung war bereits angekündigt. Eine Beseitigung oder Einschränkung der Sonntagsarbeit wurde durch die Erhebung vom Jahre 1885 angestrebt, und im selben Jahre brachte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage ihren Arbeiterschutzgesetzentwurf wieder ein, diesmal erweitert durch die Forderung von Arbeitsämtern und eines Reichsarbeitsamtes. Bei den Arbeiterversicherungs-gesetzen stimmte die Partei zwar in der entscheidenden Schlußabstimmung dagegen, doch ließ sie es an Verbesserungsanträgen und Mitarbeit im einzelnen nicht fehlen, so daß ein Bedürfnis nach verstärkter Arbeiterpolitik in den Gewerkschaften gar nicht Platz greifen konnte. Gewiß machte sich die Schwierigkeit, zu sozialpolitischen Arbeiterforderungen in Gewerkschaftskreisen direkt Stellung zu nehmen, bemerkbar, aber man behalt sich in solchen Fällen mit der Einberufung öffentlicher Berufsversammlungen, in denen politische Dinge erörtert werden konnten, und neben den Generalversammlungen der Gewerkschaften tagten Berufskongresse, die sich zum Sprachrohr sozialpolitischer Forderungen machten. Man kam also damals recht gut mit der Arbeitsteilung aus, zumal man in den Gewerkschaften vollauf in der Agitation und Organisation zu tun hatte und für das weite Gebiet der Sozialpolitik weder Zeit noch genügend Kräfte hatte. Das überließ man gern der Partei, die darin zugleich einen höchst dankbaren Agitationshof fand. Auch der Kampf, den die Partei gegen die fortgesetzten Versuche, das Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen, führte, insbesondere die Abwehr des Pullmamerischen Streikerlasses, konnte das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften nur befestigen.

Der internationale Arbeiterschutzkongreß 1889 zu Paris gab den Anlaß, dieses gemeinsame Wirken durch eine gewaltige Demonstration zu weihen. Der Kongreß, der von Partei- und Gewerkschaftsvertretern zahlreicher Länder besucht war, stellte ein internationales Arbeiterschutzprogramm auf, an dessen Spitze der gesetzliche Arbeitstag von 8 Stunden stand und beschloß, alljährlich am 1. Mai eine Kundgebung in allen Ländern zur Erreichung dieser Forderungen zu veranstalten. Die Begeisterung, die diese Pariser Beschlüsse insbesondere in der deutschen Arbeiterklasse auslösten, entströmte verschiedenen Quellen. Neben der Zustimmung zu dem zwar etwas weit gesteckten, aber international einheitlichen und darum so verlockenden Ziele, waren wohl auch überhäufendes Kraftgefühl und revolutionäre Unbegrenztheit reichlich daran beteiligt. Das Kraftgefühl fand seine Erregung durch den Bruch zwischen Kaiser und Reichskanzler insofern der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890, die den Rücktritt Bismarcks nach sich zogen,

sowie nach dem glänzenden Ausfall der Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890, die die Sozialdemokratie zur numerisch stärksten Partei im Reiche machten. Der Fall des Sozialistengesetzes, der am 30. September 1890 eintrat, schuf der Partei auch rechtlich und politisch wieder freie Bahn. Die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 hatten eine neue Ära der Sozialpolitik angekündigt. Die Arbeiterklasse stand diesen Verheißungen indes durchaus skeptisch gegenüber. Sie war davon überzeugt, daß der politische Umschwung dem kraftvollen Zusammenhalt der Arbeiterbewegung zu danken sei, aber der Ausgang des 1899er Ruhrbergarbeiterkampfes hatte sie gelehrt, auf schöne Versprechungen nicht allzu fest zu bauen. Die internationale Regierungskonferenz, die auf Einladung der deutschen Regierung am 15. März 1890 tagte, hatte denn auch so dürftige Ergebnisse, an den Pariser Forderungen gemessen, gezeigt, daß ernstere Hoffnungen auf diese soziale Ära graulich enttäuscht werden mußten. Bindende Beschlüsse wurden gar nicht gefaßt und über Wünsche kam die Konferenz nicht hinaus.

Von unten herauf muß die Kraft kommen, die das Arbeiterschutzprogramm verwirklichen wollte, und mit berechtigter Erwartung sah man in Arbeiterkreisen der großen Kundgebung am 1. Mai 1890 entgegen. Der Pariser Kongreß hatte den 1. Mai als Tag der Kundgebung gewählt mit Rücksicht darauf, daß dieser Tag in den Vereinigten Staaten als Arbeiterfeiertag galt. Daraus entwickelte sich auch in Deutschland der Gedanke eines Weltfeiertages, dem ein Aufruf von Berliner Gewerkschafts- und Parteigenossen am 23. März 1890 im „Berliner Volksblatt“ Ausdruck gab, indem er für möglichst einseitige Arbeitsruhe eintrat. Gegen dieses einseitig gewerkschaftliche Vorgehen wendete sich eine Erklärung aus der Reichstagsfraktion am 25. März, die von weiteren Schritten abriet, bis die Fraktion als Vertretung der Partei gesprochen habe. Die Fraktion trat am 13. April 1890 in Halle zusammen und erließ einen Aufruf, der lebhaft wirtschaftliche und politische Gründe gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai geltend machte. Die wirtschaftliche Depression hatte damals bereits begonnen und die Unternehmer rückten sich zu Depressionen gegen Arbeitseinstellungen. In politischer Hinsicht sei zu erwägen, daß man den Feinden der Arbeiterklasse nicht Gelegenheit geben dürfe, den Arbeitern die Früchte des Sieges vom 20. Februar zu entreißen. Darin war der Hinweis auf die Verlängerung des Ausnahmegesetzes nicht zu verkennen. Ein Beschluß auf Arbeitsruhe „würde möglicherweise wirtschaftliche und politischen Konflikte von unabsehbarer Tragweite veranlassen und dem Zweck der Manifestation nur Abbruch tun“. Der Aufruf riet, die Arbeit ruhen zu lassen, wo immer es ohne Konflikte geschehen könne, den Hauptzweck aber auf Einheitlichkeit der Kundgebung für Achtstundentag, nationalen und internationalen Arbeiterschutz zu legen und mit der Kundgebung einen Massenpetitionskurm zu verbinden, wofür eine einheitliche Resolution in Vorschlag gebracht wurde.

Das Vorgehen der Reichstagsfraktion war sicherlich von der größten Verantwortung und Rücksicht auf die damalige wirtschaftliche und politische Lage geleitet, aber es wirkte nicht nur stark abkühlend auf die Begeisterung der Arbeitermassen für die Maifeierkundgebung, sondern markierte auch einen Zwiespalt in der Arbeiterbewegung, aus dem das Unternehmertum Veranlassung nahm, mit der größten Schärfe gegen die Teilnehmer an der Arbeitsruhe vorzugehen. Aus der ersten Maifeier entwickelten sich besonders in Hamburg schwere Nachtkämpfe, die sich noch längere hinzogen, große Opfer erforderten und meist für die Arbeiter ungünstig endeten. Eine rechtzeitige Verständigung zwischen den leitenden Kreisen der Partei und der Gewerkschaften würde den Zwiespalt und seine nachteiligen Folgen vermieden haben. Aber die Reichstagsfraktion hatte bis Anfang April nichts in dieser Sache getan und die Gewerkschaften hatten keine einheitliche Leitung, die sich mit der Partei über solche Angelegenheiten verständigen konnte. Einzelne lokale oder zentrale Vertrauensmänner nahmen irgendeine Sache in die Hand und erließen einen Aufruf an die deutschen Arbeiter, und so nahmen die Dinge ihren Lauf.

Mit dem Ablauf des Ausnahmegesetzes gelangten Partei und Gewerkschaften zu geordneten Organisationsverhältnissen. Die Partei konstituierte sich auf dem Parteitag zu Halle am 12. Oktober 1890 neu und setzte einen Parteivorstand ein. Die Gewerkschaften schufen sich auf der Berliner Gewerkschaftskonferenz am 16. und 17. November 1890 in der Generalkommission eine zentrale Körperschaft, deren Aufgaben sich allerdings auf die Abwehr von Nachtkämpfen der Unternehmer, auf die Förderung der Agitation in unorganisierten Berufen und Gegenden und auf die Schaffung einer geordneten gewerkschaftlichen Organisationsgrundlage beschränkten. Aber der erste Schritt zu einer geordneten Vertretung der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland war damit getan, von deren Zusammenwirken der gesamten Arbeiterbewegung nur Gutes erwachsen konnte.

(Correspondenzblatt der Generalkommission.)

Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Hamburg. Die Firma Fr. Hörmann erhöhte 3 Eerten um 1 \mathcal{M} pro Mille.

Hildesheim bei Hamburg. Die Firmen F. Wulf und G. H. Georg erhöhten die 10prozentige Teuerungszulage auf 15 Prozent.

Schiffel (Hollstein). Die Firmen Adolf Prognann, R. Quack und H. Nebenstorf erhöhten die Teuerungszulage von 10 auf 15 Prozent.

Lübeck. Die Firma Gebr. Lebzau erhöhte die Löhne um 15 Prozent.

Schwane (Mecklenb.) Der Zigarrenfabrikant Carl Schuele gewährte den Arbeitern und Arbeiterinnen eine Teuerungszulage von 5 Prozent.

Langwedel (Hannover). Die Firma Bradfeld u. Brüggemann bewilligte allen Arbeitern und Ar-

betterinnen eine Teuerungszulage von 5 Prozent. Der Lohn für Beringen der Zigarren wurde von 2 M auf 2,50 M pro Mille erhöht. Verhandlungen finden weiter statt, die Zulagen zu erhöhen. Hoffentlich folgt diese Firma dem Beispiele anderer Fabrikanten, z. B. Bremens, und bewilligt zeitgemähere Aufbesserungen.

Grevesmühlen (Medlenb.). Die Firma L. Wulf erhöhte eine Sorte um 2 M, alle übrigen Sorten um 1 M pro Mille.

Pfungstadt. Die Firma A. Wulf, die im vorigen Jahre eine Lohnhöhung von 7 Prozent bewilligte, erhöhte diese in diesem Jahre auf 15 Prozent.

Firschberg u. Umg. Die Firmen Albt. Mayer und A. E. Scholz Wwe. in Firschberg, die Firma Bruno Pentzschel in Hermsdorf und die Firma Rob. Stumpe in Straupitz, die alle im vorigen Jahre die Löhne um 7 bis 1 M pro Mille erhöhten, gewähren in diesem Jahre erneut eine Lohnzulage von 50 S pro Mille. Der Mindestlohn für Zigarrenmacher beträgt nurmehr 8,30 M und für Wickelmacher 8,40 M pro Mille.

Guben. Die Firma Eichler u. Sohn bewilligte eine Lohnzulage von 1 M pro Tausend. Der Minimallohn beträgt nunmehr 10 M pro Mille bei freier Zurückzahlung. Die Firma Polke erhöhte den Minimallohn auf 10,25 M und gewährte auf die übrigen Sorten Zulagen von 25 bis 75 S.

Jakrow (Westpr.) Außer der schon veröffentlichten Firma Jakob Simon, welche den Minimallohn auf 9 M erhöhte und eine 10prozentige Lohnzulage auf alle Sorten gewährte, sind nun auch die anderen Firmen gesamt, die Firmen Drewnanz, Freund, Sally S. Simon, H. E. Simon, Sommerfeld und Wegner erhöhten den Minimallohn auf 8 M, die früher bewilligten 10 Prozent Teuerungszulage wurden in Lohnzulagen umgewandelt und eine neue Lohnzulage von 10 Prozent bewilligt. Nur die Firma Taubenschlag hat noch keine Zulagen gewährt, hoffentlich bestimmt sich auch diese Firma bald.

Jüterbog. Die Firmen Paul Dalchow, August Hecht und Rich. Bär bewilligten pro Tausend eine Lohnzulage von 75 S. Die Firma W. Bährisch bewilligte pro Tausend 50 bis 80 S, die Firmen Georg Haase und Gottlob Puhlmann 50 bis 75 S sowie die Firma Platt 40 S pro Mille.

Soron. Die Firmen Scholz und Neumann erhöhten den Lohn abermals um 50 S pro Mille, der Minimallohn beträgt nunmehr 9 M.

Mühlheim-Sarn. Die Differenzen bei der Firma C. Meindahl, die, wie neuerdings gemeldet wird, nicht aus den bewilligten Teuerungszulagen entstanden sind, sondern aus anderen Ursachen sich ergaben, sind als erledigt zu betrachten.

Geringswalde. Die Firma C. A. Döring u. Co. erhöhte vom 1. Januar d. J. an die bereits bewilligte Teuerungszulage von 5 auf 10 Prozent.

Immer noch Geheimnis.

Auch jetzt noch wissen wir nicht sicher, wie hoch sich die Forderung der Regierung an die Tabakindustrie stellt, wie wir ebenso wenig wissen, wie und auf welche Art die neuen Summen herausgequetscht werden sollen. Allerdings ging in diesen Tagen durch die Zeitungen eine Notiz, nach der sich der Bundesrat „in den nächsten Tagen“ mit der Frage zu beschäftigen haben werde und daß die Regierung ihre Vorlage in dem Augenblick, in welchem sie dem Bundesrat zugehe, auch der Öffentlichkeit übergeben werde. Bis jetzt ist das aber noch nicht geschehen. Immerhin müssen wir feststellen, daß ein Teil des Tabakgewerbes bereits von den Plänen genauer unterrichtet ist. Vor kurzem schrieben wir, daß jenen Personen unseres Gewerbes, die mit der Regierung über die Pläne verhandeln, wohl ein Schweigebot auferlegt worden sei. Das scheint nicht der Fall zu sein, denn in einem Bericht über die Generalversammlung der Abteilung V des Deutschen Tabakvereins und des unterbairischen Verbandes der Zigarrenfabrikanten, Eichmannheim, lesen wir, daß Herr Kondikus Schloßmann in Frankfurt „über den gegenwärtigen Stand der Steuerfrage, sowie über die bisherigen Bemühungen des Deutschen Tabakvereins bei der Lösung dieser Frage“ berichtete. Es scheint also, daß die Regierung als Vertreter des gesamten deutschen Tabakgewerbes nur die Herren vom Deutschen Tabakverein ansetzt. Wir erheben dagegen erneut Einspruch. Zahlreiche andere Kreise, Unternehmer und Arbeiter, haben auch ein Interesse an ihrem Gewerbe, auch sie hängen mit ihrem Erwerb ebenso innig zusammen, wie die Herren vom Deutschen Tabakverein, ja, noch mehr, da sie viel mehr um ihre persönliche Existenz bangen müssen, als die großen Fabrikanten. Wir erwarten, daß im Reichstag gegen dieses Verfahren der Regierung energig Einspruch erhoben wird. Es kann nicht angehen, daß man gerade dem kapitalträchtigen Teil der Industrie die Möglichkeit gibt, sich mit dem vertraut zu machen, was geplant wird, damit sie in der Lage sind, sich vorzubereiten, während man die andern im Dunkeln tappen läßt.

In der „Deutschen Stimme“ schreibt der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Böttger:

„Das Reich braucht schon jetzt Geld und neue Steuern und kann nicht bis nach dem Kriege warten, weil wir die Zinsen der Kriegsanleihe und die zugehörige Tilgung aufbringen und den laufenden Etat ordnungsgemäß aufrecht erhalten müssen. Daher wird sich der Reichstag aller Voraussicht nach im März mit Steuervorschlägen des neuen Staatssekretärs Dr. Helfferich zu befassen haben, die dem Reich — soweit bis jetzt verlautet — 500 Millionen Mark aus dem Tabak in verschiedener Form, aus Stempelsteuern und Postgebühren bringen sollen. Die Stimmung dafür ist nicht eben begeistert, was man auch bei Forderungen des Fiskus in heutiger Zeit nicht verlangen kann. Industrie und Handel haben schon bedenklich an der kommenden Kriegsgewinnsteuer zu arbeiten, der Mittelstand ist an sich in manchen schwerer Bedrängnis, und der breiteren Konsumentenschicht sind nach jahr-

zehntelanger Ueberlieferung, Tabaksteuern und indirekte Steuern überhaupt unpopulär. Das Bequemste ist da natürlich, die Frage der Kriegsteuer in den Frieden zu vertagen mit den großen Worten, daß die organische Reichsfinanzreform endlich einmal kommen müsse und dann das Reich in einer Fülle von Geld und Unabhängigkeit schwimmen würde.

Damit kommen wir aber nicht über die Verpflichtung des Reichsgelezes vom 15 Juni 1909 fort, daß die Zinsen für die Reichsanleihe und die Tilgungsquoten aus reicheigenen Einnahmen bestritten werden sollen und nicht zu den Schulden geschlagen werden dürfen. Zudem haben sich sämtliche Finanzminister der Einzelstaaten stark gemacht, ihre Finanzhoheit und indirekten Steuern nicht anfallen zu lassen, woraus noch mehr erhellt, daß im März die Diskussion wieder lebhaft werden und das Reichschagamt keinen leichten Stand haben wird. Es sollte daher die Wünsche industrieller Verbände, schon jetzt die Pläne im einzelnen zur Vorprüfung und Vorbesprechung bekannt zu geben, nicht unbeachtet lassen. Sorgen und Verantwortung lassen sich leichter tragen, wenn auch andere an der Last teilnehmen. Außerdem ist es kein unbilliges Verlangen, daß die vorher gehört werden, die am letzten Ende die Hauptkosten bezahlen und zugleich unsere Volkswirtschaft zu einem Hauptteil in Gang halten müssen. Kritik kommt doch; je früher, desto besser kann sie berücksichtigt und damit entworfen werden.“

Für den Augenblick interessiert uns zunächst, daß dieser Herr von neuen Steuern in einer Höhe von 500 Millionen Mark schreibt, die aus dem Tabak in verschiedener Form, sowie aus Stempelsteuern und Postgebühren herausgeholt werden sollen. Sollen 500 Millionen nur durch drei Steuerarten aufgebracht werden, unter denen sich auch die Tabaksteuer befindet, so darf man wohl mit einiger Sicherheit schließen, daß davon 200 Millionen auf den Tabak entfallen sollen, wie auch bereits geschrieben wurde. Wir glauben auch nicht, daß man aus der Stempelsteuer und der Erhöhung der Postgebühren zusammen mehr als 300 Millionen wird herauszuschlagen können und wollen. Am Ende denkt man ja gar daran, daß die erhöhte Tabaksteuer schließlich noch mehr als 200 Millionen bringen soll.

Auch kritisiert es Dr. Böttger, daß die Pläne noch nicht im einzelnen zur Vorprüfung und Vorbesprechung bekannt gegeben worden sind, sie sollen den industriellen Verbänden zu diesem Zwecke mitgeteilt werden. Wie oben zu ersehen, trifft das für die Tabaksteuer insbesondere nicht zu, als die industriellen Verbände der Tabakindustrie unterrichtet sind. Doch es gibt noch mehr industrielle Verbände der Tabakindustrie, Verbände, die sich mindestens so lebhaft mit den beruflichen Wirtschaftsfragen beschäftigen, wie es die Unternehmerverbände tun. Wir meinen die Organisationen der Tabakarbeiter. Außerdem kommen noch die Organisationen der Händler hinzu. Schließlich könnte man wohl auch eine Vertretung der kleinen Fabrikanten hören. Die Frage ist doch wirklich so einschneidend, daß man alle Ursache hätte, mindestens die Forderungen der Regierung, sobald sie feststehen, den Interessenten des gesamten Gewerbes mitzuteilen.

Aber wie denkt sich die Regierung denn nun eigentlich die schließliche Lösung des ganzen Steuerproblems für die Tabakindustrie. Ohne Widerspruch zu finden, ist in der Presse behauptet worden, daß es sich neben der „Kriegsmarkte“ bei der Zigarette um eine rein schematische Erhöhung der Steuerbeträge auf der Grundlage der bisher bestandenen Steuerarten handelt. Gewiß, die Regierung braucht Geld, und zwar bald, so daß es von diesem Gesichtspunkte aus begreiflich erscheinen mag, wenn nicht erst lange projiziert und experimentiert werden soll. Ist sich denn aber die Regierung klar, daß diese schematische Steuererhöhung Bestand haben kann? Ist sie derartig, daß diese Erhöhung, die einer Anspannung bis aufs äußerste gleichkommt, nicht in kurzer Zeit die Form zerbrechen wird? Wir sind wenigstens der Meinung, daß das Ganze, was man jetzt plant, nur eine Improvisation sein kann, vielleicht auch nur sein soll, um dann in nächster Zeit nach Friedensschluß erneut die Tabaksteuerfrage aufzurollen. Zu solchen Improvisationen bietet aber die Tabakindustrie wahrhaftig nicht mehr den geeigneten Boden; ihr geht es wie einem geschundenen Gaul, dem bei jeder neuen Fahrt der Zusammenbruch droht. 1909 der schwere Abfall, nun 1916 schon wieder eine Heimtückung, schwerer als sie jemals gewesen, dabei die unsichersten Zustände im Gewerbe, und dann über kurz und lang müssen neue Wege und Formen gefunden werden, weil sich die bestehenden als auf die Dauer unhaltbar erweisen! Das ist zu viel für eine Industrie.

Mit uns sind übrigens auch noch andere Kreise der Ansicht, daß es sich bei den gegenwärtigen Steuerplänen, insbesondere bei der Tabaksteuer, nur um ein Provisorium handeln kann. Die Ablische Volkszeitung schreibt nämlich:

Solche außerordentlichen Fehlbeträge können ganz sicher nicht durch außerordentliche Steuermaßnahmen in einem Etat gedeckt werden, der in seinem inneren Aufbau selber gewissermaßen ein Nothelfer ist, eine außerordentliche Maßnahme bedeutet und nicht dauernden Wirklichkeiten, sondern mit den vorübergehenden Zufälligkeiten eines Jahres in Einklang und Ausgabe rechnet. Die außerordentlichen Fehlbeträge in diesem Etat, der in seinem ganzen Aufbau doch selbst mehr oder weniger nur eine Illusion ist, sind bedingt durch die außerordentlichen Ereignisse und von dem Gang dieser außerordentlichen Ereignisse in jeder Richtung abhängig. Aber auch die Kriegsteuern können gar nicht als feststehende Einnahme gewahrt werden, weil sie wieder infolge des Krieges und seiner Einwirkungen in ihrem Ertragsnis nicht bestimmbar sind. Den wichtigsten Einwand gegen das Schaffen neuer Steuern im Kriege erhebt die amtliche Verlautbarung selbst, indem sie sagt, daß die zu beschließenden Steuern nur ein Nothelfer sein können, welcher der nächsten Nachprüfung und der Einordnung in das endgültige Reichsfinanzverfahren unterliegt. Mit diesem Geständnis der Regierung ist eigentlich das Urteil über die Absicht der Regierung von selber gesprochen.

In welchem geordneten Finanzwesen und Staat macht man neue Steuern provisorisch? Das kann man bei Zuschlägen zu bestehenden direkten Steuern in der Not vielleicht noch bis zu einem gewissen Grade rechtfertigen, aber nicht bei indirekten Steuern, die tief ins Erwerbsebene eingreifen. Neue Steuern und Steuererhöhungen aber macht man nicht für ein paar Monate, für ein halbes oder ein ganzes Jahr, bloß um sie nachher je nachdem von Grund aus

hinter umzugestalten oder fahren zu lassen. Nehmen wir doch ein praktisches Beispiel aus dem beabsichtigten Steuerentwurf:

Die Kriegsteuern im März sollen u. a. auch den Gewinn des Raucherens und höher besteuern, ein vielleicht populärer und naheliegender Gedanke. Auch die Zigarettensteuer soll im März neu aufgelegt werden. Die Regierung selber und maßgebende politische Kreise halten das Zigarettenmonopol für die richtige Form der Besteuerung. Die Regierung will auch in letzter Linie das Zigarettenmonopol. Während des Krieges aber ist die Einführung und Durchführung des Zigarettenmonopols einfach unmöglich. Es scheitert schon an der Unmöglichkeit der Personalorganisation. Weil das eigentliche Ziel das Zigarettenmonopol, das die Zustimmung weiterer Kreise hat, im Kriege nicht durchgeführt werden kann, soll der Reichstag das Provisorium einer neuen Zigarettensteuer für ein paar Monate, vielleicht für ein Jahr beschließen. Das ist doch höchst bedenklich. Wenn man weiß, wie jede Steuer in die Verhältnisse der betreffenden Industrie und des Handels eingreift, dann wird man würdigen können, wie eine solche Steuergestaltung — zweimal hintereinander — die Industrie beunruhigen und schädigen muß. Die Leute wissen ja gar nicht mehr, womit sie rechnen dürfen, sie können nicht mehr disponieren, zumal bei den jetzigen Einkaufsverhältnissen.

Nein! Neue Steuern mit allem, was damit verbunden ist, sollte man nicht zur Befriedigung eines Augenblicksbedürfnisses und nicht als unübersehbares und unübersehbares Provisorium machen, nicht als Nothelfer, sondern nach bestimmten und festen Grundrissen für lange Dauer. Das ist das Prinzip jeder soliden Finanzpolitik.

Auch nach unserer Meinung wird sich der Reichstag es noch einmal recht ernstlich überlegen müssen, ob er es überhaupt für ratsam hält, in der gegenwärtigen Zeit, wo noch alles im Fluß ist, einzelnen Gewerben eine solche ungeheure und in ihren Folgen unabsehbare Belastung aufzubürden, wie es gerade bei der Tabakindustrie geschehen soll.

Zigarrenmangel.

Wie sehr verlegen die Kriegslieferungszentrale um Zigarren ist, zeigte ein auch kürzlich von uns veröffentlichter Brief des Vorstandes des Bezirks I der Zentrale. Neuere Beweise dafür bringt die offizielle Zigarrenhändler-Zeitung (Hambura), indem sie einige an einen Fabrikanten gerichtete Schreiben abdruckt. Ohne Zweifel ist es der Zigarrenindustrie zurzeit nicht möglich, dem Bedarf nach allen Richtungen hin zu genügen, so daß auch wohl das Verbot, an jugendliche Tabakfabrikate abzugeben, darauf zurückzuführen ist. Es sollen eben mehr Tabakfabrikate frei werden, um sie für die im Felde stehenden Raucher zu verwenden. Auch wir wünschen, wie wir schon wiederholt ausgesprochen haben, daß in erster Linie dem Rauchbedürfnis der Soldaten genügt werden kann. Die oben erwähnten Briefe lauten:

Aus Brief vom 15. Mai 1916:
In der Einlage sehen wir uns veranlaßt, Ihnen den uns mit Ihrem Schreiben vom 14. cr. zurückgeführten Auftrag wieder zurückzugeben und müssen Sie bitten, für dessen prompteste Ausführung Sorge zu sein.

Sie sind nach wie vor mit Lieferungen der Zentrale gegenüber im Rückstand, indem Sie bis jetzt nicht einmal 8 Mille pro Arbeiter geliefert haben, während die Durchschnittsziffer schon über 8 liegt. Wenn die Militärbehörde Zigaretten verlangt, so müssen diese der Privatindustrie vorausgehen und letztere zurückstehen, wie dies bei allen anderen Fabrikanten auch der Fall ist.

Wir bedauern daher, Sie von Ihrem Auftrag nicht entbinden zu können, und machen Sie schon heute darauf aufmerksam, daß Sie weitere Aufträge im Laufe der nächsten Zeit empfangen. **Aus Brief vom 29. November 1916:**

Antwortlich Ihres Schreibens vom 27. cr. bedauern wir, Ihnen eine Verlängerung für die Aufträge nach Rastatt und Düsseldorf nicht geben zu können.

Wie Sie ja selbst sagen haben Sie Ihre Kunden prompter bedient als die Militärbehörde und müssen wir Sie auf den Erlaß des Stellvertretenden Generalkommandos vom bayer. Armeekorps aufmerksam machen, der wie folgt lautet:

„Den zur Lieferung für die Heeresverwaltung und für die Marineverwaltung verpflichteten kaufmännischen und industriellen Unternehmungen wird verboten, solche Lieferungen hinter Lieferungen an andere Personen oder Stellen in der Weise zurückzustellen, daß dadurch die von der Heeresverwaltung und von der Marineverwaltung bestimmten Lieferungspläne verstimmt werden.“

In der Zwischenzeit ist die Rastatter Lieferung sogar sehr eilig geworden und müssen wir Sie bitten, für prompteste Lieferung und enll. Versand per Eilgut Sorge zu sein. **Aus Brief vom 4. Dezember 1915:**

Da Sie bis heute Ihre Pläne E. 7089/34 noch nicht angefertigt haben, ersuchen wir Sie, für deren umgehende Lieferung per Eilgut Sorge zu tragen, da weder unsere Liste abgeschlossen werden kann noch die Begleichung vor sich geht.

Wir müssen Sie für alle durch verzögerte Lieferung entstehende Konsequenzen verantwortlich machen und zehnen...

Durchschnittlich 15 Prozent.

Der Verband deutscher Zigarrenladeninhaber, Eiß Hamburg, hat für seine Mitglieder zum Aushang in den Geschäften eine Erklärung für die Preissteigerungen im Tabakgewerbe zusammengefaßt. Darin heißt es nun unter 6: „Infolge der Teuerung aller Lebensmittel haben die Fabrikanten die Löhne der Arbeiter durch schnittlich um 15 Prozent erhöhen müssen.“ Das ist nicht wahr! Eine durchschnittliche Erhöhung um 15 Prozent jetzt sogar voraus, daß in manchen Fällen die Erhöhung der Löhne noch über 15 Prozent hinausgegangen ist. Tatsache ist, daß nur ganz vereinzelt Fabrikanten den Lohn um 15 Prozent erhöht haben, darüber hinaus ist, soweit wir unterrichtet sind, kaum einer gegangen. Bewilligungen von 10 Prozent Teuerungszulage bzw. Lohnzulage sind allerdings in vielen Fällen erfolgt, während aber auch eine ganze Anzahl Fabrikanten über die 5 Prozent noch nicht hinausgekommen ist. Weiter aber ist festzustellen, daß meistens in Gegenden, wo die Organisation noch unvertreten ist, zahlreiche Fabrikanten überhaupt nichts zugelegt haben und dort die Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen sind, durch äußerste Anspannung des Körpers ein paar Groschen mehr zu verdienen, um den allernotwendigsten Lebensunterhalt bestreiten zu können. Wir haben diese Tatsachen, die wir eventuell unter Beweis stellen können, nun schon mehrfach gegenüber anders lautenden Behauptungen feststellen müssen. Ist denn die Wahrheit so bitter, daß man sie nicht?

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Carl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 88/90, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefonamt Roland 6040. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau der Deutschen Tabakarbeiter-Verbands, Bremen, Faulenkr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 52, zu adressieren.
 Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Niedermeier, Bremen, Faulenkr. 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 52. — Bankkonto bei der Bank für die Arbeitlosen-Gesellschaft deutscher Kontowalderine v. b. S. in Hamburg, Postfach Nr. 5349 beim Postamt in Hamburg.
 Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Frau C. Krahn, Bremer, Faulenkr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 52, zu adressieren.
 Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Oskar Riendorf, Bremen, Faulenkr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 52, zu adressieren.
 Für den Austausch bestimmte Zuschriften sind an E. Seeger, Hamburg, Bejenbinderhof 57 III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als verloren gemeldet: Bremen, die Bücher S. II 29 566, lautend auf Franz Kagal aus Gengenbach, geb. 17. 9. 68, eingetr. 1. 1. 1910, Nr. 3, S. II 29 567, lautend auf Frau Emma Kagal aus Gengenbach, geb. 20. 5. 71, eingetr. 27. 4. 1912, Nr. 2. Die Beträge sind bis 22. 1. 16 entrichtet. (S. 504. 9 J. 15-74, 2 J. 16.) Wurzen, das Buch S. II 70 286, lautend auf Karl Smith aus Kopenhagen. (S. 90. 1. 3. 16.) Im Vorzeigungsverfahren sind die Bücher hierher einzuliefern.
 Ausgeschlossen nach § 13 b: Neudamm, Ernst Trippenker aus Kassel, eingetr. 30. 1. 1899. Buch S. II 11 711, Nr. 3.
 Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. B. = Verbandsbeiträge.
 5. Februar: Salzenau B. 100.—, Gernrode B. 27.—, Leuchtern B. 20.—, Hamburg B. 100.—, 6. Lunzenau B. 150.—

Schömer B. 10.—, Pöschel B. 60.—, Enges B. 120.—, Frei-berg B. 200.—, Langenbühlau B. 75.—, Lobenstein B. 40.—, Talsir B. 200.—, Mühl-Tropfenburg B. 150.—, Wafungen B. 55.—, 7. Berlin B. 700.—, Duisburg B. 50.—, Gera B. 100.—, 8. Deantensau B. 150.—, Berlin B. 300.—, Burg-damm B. 200.—, Mainz B. 100.—, Sprottau B. 94.—, Döbeln B. 200.—, Altwasser B. 14.60.—, 10. Dessau B. 60.—, 12. Hamburg B. 2000.—
 Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle überflüssigen Gelder umgehend einzuliefern.
 Bremen, den 14. Februar 1916. W. Nieder-Meier.

Abrechnungen vom 1. Quartal gingen noch ein:
 4. Gau, Gerford: Leimold, Niederbedsen; 8. Gau, Karlsruhe: Heilmann; 11. Gau, Breslau: Sprottau, Langenbühlau und Errehlan.

Adressen-Änderungen.

Frankenbergl. S. (10): Der 1. Bev. Carl Blum wohnt Frankenberg, Chemnitzstraße 14.

Kollegen! agitiert für den Verband!

Gestorben:
 Gestorben am 28. Januar in Frankreich der Zigarrenarbeiter Arnold Schachtel, 20 Jahre alt (Zahlflecke Haderkreuz).
 Gestorben am 28. Januar in Frankreich der Sortierer Willi Schreier aus Frankenberg, 28 Jahre alt (Zahlflecke Waldflecke).
 Am 8. Februar starb zu Achim der Zigarrenarbeiter August Blome aus Derlinghausen, 49 Jahre alt.
 Am 8. Februar starb zu Eisenberg der Zigarrenarbeiter Bruno Gauschke aus Grotzen a. G., 55 Jahre alt.
 Am 9. Februar starb zu Hamburg der Zigarrenarbeiter Gustav Senf aus Rbfen, 37 Jahre alt.
 Am 10. Februar starb zu Hildesheim der Zigarrenarbeiter Wilhelm Hoffmann aus Labeh, 62 Jahre alt.
 Am 11. Februar starb zu Waldbappel der Zigarrenarbeiter Konrad Landefeld aus Waldbappel, 48 Jahre alt.
 Am 11. Februar starb zu Minden die Widelmacherin Katharina Prihm aus Rheinbalden, 49 Jahre alt.
 Ehre ihrem Andenken!

E

Eckstein
Zigaretten

Einzig in Qualität
Trustfrei

A-MECKSTEIN & SÜHNE DRESDEN

Grösstes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

L. COHN & CO.
BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.

Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt-Preiskisten: Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrenring, Papier, Tragenth., Muster etc.

Soeben neu erschienen

Modellbogen

209

für gebrauchte

Wickelformen

Soeben neu erschienen

Modellbogen

209

für gebrauchte

Wickelformen

Carl Roland, Berlin SO
 Kottbuserstrasse 4
 Sumatra-Tabake
 pr. Pfd. 3.80, 4.—, 4.50, 5.50 M.
 Vorstanzdecken
 pr. Pfd. 2.70, 3.60 M.
 Java-Umblatt... pr. Pfd. 2.20 M.
 Brasil Ia... pr. Pfd. 2.40, 2.90 M.
 Havana Ia... pr. Pfd. 4.— M.
 Mexiko-Decks Ia pr. Pfd. 5.— M.
 Nebarselscher Anfarbeiter
 großblattig, flotter Brand 1.70 M.

Leon Weil, Speyer
 Str. 22 Rohtabake Parul
 Altbewährte Bezugsquelle für alle in- u. ausländ. Tabaksorten zu billigsten Marktpreisen. Zweimal tägl. Postversand (Nachn.).
 Spezialofferte: Ia reife, leichtgängige Java-Umblätter (Slamat 1915) und Einlagen (beste Qualität) von M. 2.10 bis M. 2.45. Rippenabnahme zu den höchsten Tagespreisen.

Hugo Müller, Rohtabak
 Bremen, Bornstraße 38.
 Fernsprecher: Roland 6252.
 Seedleaf-Umblatt und Einlage 2.10, Seedleaf-Umblatt 2.50 M., Sasanna-Einlage 3.50 u. 4.— M., Brasil St. Felix-Decker, weißer Brand, 2.70 u. 2.90 M., Vorkenland-Decker, auch Smalroller, Ia, 3.20 u. 3.60 M., Dunkel, Brasil-Erfah, 1. Länge, 3.20 M., 2. Länge, 2.80 M., Geschnittene Zigarren-Einlagen 1.60 u. 1.70 M., Java-Einlage 1.80 M., per 1/2 kg. Postgut 1,85 M.

Wichtig! Rohtabak!
Hengfoss & Maak
 Altona - Ottensen
 Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 23.

Eine größere Zigarrenfabrik
 sucht einen zuverlässigen
Meister
 bei hohem Gehalt, Lebensstellung.
 Auch kann sich ein sehr geeigneter Zigarrenarbeiter zum Erlernen melden. Offerten erbeten unter B. W. 100 an die Geschäftsstelle d. Waldheimer Anzeigers, Waldheim in Sachsen.

Drucksachen
 aller Art, in moderner Ausführung für Private u. Verelne liefert billigst
J.H. Schmalfeldt & Co.
 Bremen Geeren 6/8

Verband unter Nachnahme.
Rohtabakhandlung
 kauft bei Aufgabe der Fabrikation z. Tabake und Utensilien gegen sofortige Kasse. Off. mit Preisangabe unter Chiffre N. 100. Exp. b. 31.

Kein Tabakarbeiter darf mehr unorganisiert sein!

GARBÁTY
CIGARETTEN

GARBÁTY-ROSENTHAL CIGARETTENFABRIK GARBÁTY, BERLIN-BAUKÖP
 AKT. SABA, FLAGGENGALA ETC.
 DEUTSCHES FABRIKAT
 TRUSTFREI

In der Einschreibung vom 4. 2. kaufte ich die folgenden geschlossenen Partien:

- 851 Serien Domingo div. Marken
- 86 Kisten Seedleaf HT
- 198 Packen Java DH/1915/C
- 120 " " Morni
- 115 " " AK/TKD
- 1370 Ballen

2469 Ballen übersandte Tabake in nur geschlossenen Partien betragen meine bisherigen direkten Amsterdamer Einkäufe im laufenden Jahre.

Heinrich Franck, Berlin N 54

In der Einschreibung vom 14. 1. kaufte ich die folgenden geschlossenen Partien:

- 195 Packen Java B/Djalie/KP/A
- 125 " " AK/A
- 68 " " AK/Poeti/Ar/Pasirian
- 263 " " SHCM
- 168 " " Tambo/Kawi
- 180 " " /Goentor
- 41 " " Venezuela MF
- 59 " " " "
- 1099 Ballen